

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*

Yu-Hsi Nieh

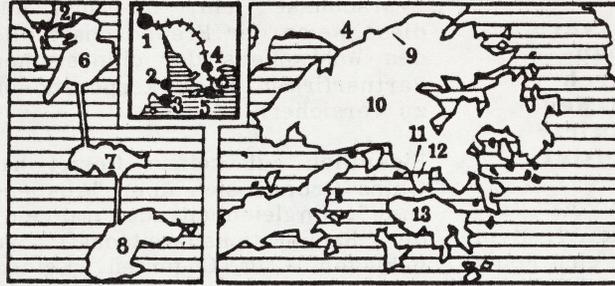
**Hongkong -**

**eine Welt auf Abruf**

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

Vom 23. bis 27. September war die britische Premierministerin, Frau Margaret Thatcher, zu einem fünftägigen Staatsbesuch in der VR China. Dieser Reise hat die Welt große Aufmerksamkeit geschenkt. Es war der erste offizielle Besuch eines amtierenden englischen Regierungschefs im Reich der Mitte. Aber noch wichtiger als diese nominelle historische Bedeutung waren die substantiellen Verhandlungen über die historische Hongkong-Frage während Frau Thatchers Aufenthalt in Beijing.

Die britische Kolonie Hongkong umfaßt ein Territorium von insgesamt 1.061,8 km<sup>2</sup>, bestehend aus drei Hauptteilen: Die Hongkong (Victoria)-Insel selbst (75,6 km<sup>2</sup>), die Kowloon-Halbinsel (11,1 km<sup>2</sup>) und die "New Territories" (975,1 km<sup>2</sup>). Als Folge der Niederlage in dem berühmten Opiumkrieg mußte die damalige chinesische Kaiserregierung im Vertrag von Nanjing (Nanking) 1842 die Insel Hongkong (Xiangqang) an Großbritannien abtreten. In der Konvention von Beijing (Peking) von 1860, die nach der Besetzung der Hauptstadt durch englisch-französische verbündete Truppen unterzeichnet wurde, annektierte Großbritannien die Hongkong gegenüberliegende Halbinsel Kowloon (Jiulong). Im Jahre 1898, nachdem Frankreich das Konzessionsrecht auf die Guangzhou (Kanton)-Bucht verlangt hatte, zwangen die Engländer die chinesische Regierung am 9. Juni unter dem Vorwand, die Sicherheit Hongkongs gegenüber den Franzosen zu garantieren, die Konvention für die Ausdehnung der Grenze Hongkongs zu unterzeichnen, wodurch die "New Territories" - das Gebiet südlich des Shenzhen-Flusses, nördlich der Grenzstraße auf der Kowloon-Halbinsel sowie den umliegenden Inseln - für 99 Jahre an Großbritannien verpachtet wurden. Vom Dezember 1941 bis August 1945 wurde Hongkong von den Japa-



- 1. Guangzhou
- 2. Zhuhai
- 3. Macao (Aomen)
- 4. Shenzhen
- 5. Hongkong (Xianggang)
- 6. Halbinsel Macao
- 7. Dangzai-Insel
- 8. Luhuan-Insel
- 9. Shenzhen-Fluß
- 10. „Neue Territorien“
- 11. Grenzstraße
- 12. Kowloon (Jiulong)
- 13. Hongkong-Insel

Beijing Rundschau

nern besetzt. Als Verbündete im 2. Weltkrieg unterzeichneten London und die chinesische Guomindang (Kuomintang)-Regierung in Chongqing (Chungking) am 11. Januar 1943 einen Vertrag, in dem die englische Konsulgerichtsbarkeit, Konzessionen und andere Sonderrechte in China aufgegeben wurden. Während der Verhandlungen über den sogenannten Gleichberechtigungs-Vertrag haben die Chinesen ursprünglich auch eine Rückgabe des Pachtgebietes "New Territories" verlangt, jedoch lehnten die Engländer dies mit der Begründung ab, daß geografisch Hongkong und die "New Territories" aufeinander angewiesen seien. Die Chinesen mußten sich damit zufriedengeben, sich das Recht auf Rückgabe des Pachtgebietes vorzubehalten (1).

Nach der Kapitulation Japans sandte die britische Regierung im August 1945 ihre Streitkräfte nach Hongkong und stellte im Mai 1946 offiziell den Status der Kronkolonie wieder her. 1949 kam im chinesischen Bürgerkrieg das Debakel der Guomindang-Regierung unter Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek); die Regierung flüchtete nach der Insel Taiwan. Offenbar wollte die neue kommunistische chinesische Regierung in Beijing unter Mao Zedong damals die Westmächte zunächst nicht provozieren, da sie neben Taiwan zahlreiche andere Inseln vor den Küsten der Süd- und Südostprovinzen Chinas noch nicht unter Kontrolle gebracht hatte. So stoppte die kommunistische Volksbefreiungsarmee an den Grenzen zu Hongkong und Macau. Um den Status Hongkongs zu sichern, erkannte Großbritannien am 6. Januar 1950 die Volksrepublik China an.

Auch die Ost-West-Spannung während des Kalten Krieges hat die Position Hongkongs unter englischer Herrschaft eher positiv als negativ beeinflusst. Infolge der zunächst von den USA und dann von der UNO über China verhängten Blockade seit dem Koreakrieg ist Hongkong zum einzigen Berührungspunkt Chinas mit der westlichen Welt geworden. Außerdem ist Großbritannien im Hinblick

auf Hongkong bei vielen weltpolitischen Angelegenheiten für die VR China eingetreten. Das britische Kabinett hat z.B. im Indochinakrieg in den 50er Jahren eine anglo-amerikanische bewaffnete Intervention gegen Stützpunkte in Südchina abgelehnt. England widersetzte sich ferner der US-Politik, die Guomindang-Regierung in Taiwan 1951 in die Friedenskonferenz von San Francisco und 1954 in die SEATO miteinzubeziehen. Aber der wesentliche Faktor, der die Existenz der britischen Kronkolonie bislang gewährleistet hat, ist ihre erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung, die nicht nur London, sondern vor allem auch Beijing zugute kommt.

Das Wirtschaftswunder Hongkongs in den letzten drei Jahrzehnten ist mit der großen Veränderung der politischen Landschaft eng verbunden. Nach der kommunistischen Befreiung 1949 auf dem chinesischen Festland strömten große Mengen von Technokraten und Kapital nach Hongkong. Dazu suchten in den 50er und 60er Jahren infolge der anti-chinesischen Massenbewegungen bzw. der Diskreminierungspolitik der Regierungen von südostasiatischen Staaten auch viele reiche Überseechinesen mit ihrem Vermögen Zuflucht in Hongkong. Der hohe Lebensstandard und die individuelle Freiheit Hongkongs zogen ständig Flüchtlinge als billige Arbeitskräfte aus China nach Hongkong. Nicht zuletzt haben die Engländer, die zwar in ihrem Vaterland immer tiefer im Sumpf einer Mißwirtschaft versanken, in der fernöstlichen Kronkolonie einen effektiven und gleichzeitig liberalen Verwaltungsapparat unterhalten können. Dank allen diesen Bedingungen ist Hongkong zu einem Handels-, Industrie- und Finanzzentrum in Ost- und Südostasien geworden, mit dem chinesischen Kontinent als Hinterland sowie den intensiven Seefahrts- und Luftverkehrsverbindungen zu allen Teilen der Welt. Trotz der drastischen Bevölkerungszunahme von über 2 Millionen (1951) auf 5,2 Millionen (1981) konnte Hongkong seinen Wohlstand von Jahr zu Jahr weiter aufbauen. Das

Pro-Kopf-Einkommen Hongkongs lag 1980 mit 4.210 US\$ hinter Japan und Singapur an der 3. Stelle in Ostasien. Neben Hongkong selbst haben vor allem England und China vom Wirtschaftsaufschwung der Kolonie profitieren können. Abgesehen von den Handelsinteressen und der Beschäftigung englischer Beamter und Militärs wurde die jährliche Reineinnahme Londons aus der Kolonie im Durchschnitt auf 100 Mio. £ (174,2 Mio. US\$) geschätzt (2). Für China ist Hongkong der größte Absatzmarkt im Außenhandel. Der größte Teil der Lebensmittel einschließlich des Trinkwassers von Hongkong kommt täglich aus China. Rund 30 bis 40% der Deviseneinnahmen im Außenhandel Chinas sind auf den Export nach Hongkong und Macau angewiesen. Er betrug im letzten Jahr rund 8 Mrd. US\$ (3).

Im Jahr 1959 hatte Mao Zedong eine interne Anweisung gegeben, die Lösung der Hongkong-Frage zu verschieben. Er sagte damals: "Es ist besser, Hongkong vorläufig noch nicht zurückzunehmen. Wir haben es nicht eilig, zur Zeit ist (es) uns noch nützlich." Daraufhin hat die Führung der KPCh eine Richtlinie unter dem Motto beschlossen: "Changqi dasuan, chongfen liyong" (langfristig planen und voll nutzen) (4). In einem Leitartikel vom 8. März 1963, der gegenüber den Kritikern in der KP der USA die chinesische Außenpolitik verteidigte, wurde im Hinblick auf die Hongkong-Frage zum Ausdruck gebracht, daß eine friedliche Lösung durch Verhandlungen erreicht werden würde, wenn die Bedingungen reif seien. Bis zu einer endgültigen Lösung solle der Status quo aufrechterhalten werden (5).

In den 50er und 60er Jahren hat es eine Reihe von Ereignissen gegeben, die die Beziehungen Hongkongs zur VR China belasteten, aber den Status der britischen Kolonie niemals ernsthaft gefährdeten. 1949-1950, nachdem die chinesischen Kommunisten das chinesische Festland unter ihre Kontrolle gebracht hatten, hat die Behörde der britischen Kolonie - um den Strom der Flüchtlinge aus China zu stoppen und die innere Sicherheit Hongkongs zu gewährleisten - den Visumzwang für Chinesen eingeführt. Außerdem wurden die Bürgerrechte der Einheimischen, wie z.B. Streikrecht und politische Betätigung, eingengt sowie das Notstandsgesetz verschärft. Außerdem konnte die Sicherheitsbehörde kraft der Bestimmungen eines für fünf Jahre geltenden Gesetzes von 1949 gegen "üble Elemente" (Buliang

fenzi) vorgehen; durch schnelle Verfahren konnte sie nicht nur politisch unerwünschte Einwohner, sondern auch sog. "asoziale" Menschen, wie Kranke, Behinderte, Arbeits- und Obdachlose, Prostituierte usw. ausweisen. So wurden viele Gewerkschaftler, linksgerichtete Künstler und Schriftsteller nach China abgeschoben. Am 1. März 1952 ereignete sich ein blutiger Zwischenfall zwischen der Polizei und der Bevölkerung, nachdem die Hongkonger Regierung die Einreise einer chinesischen Delegation aus Guanzhou, die die Opfer einer Feuerkatastrophe in Kowloon besuchen wollte, untersagt hatte. Drei Tage danach wurden der Verleger der prokommunistischen Zeitung "Dagongbao", Fei Yimin, und zwei seiner Mitarbeiter von der Polizei verhaftet, weil die Zeitung einen kurzen kritischen Kommentar der chinesischen Volkszeitung (RMRB) zu den Maßnahmen Hongkongs übertragen hatte. Am 10. und 11. Oktober 1956 wurden zahlreiche prokommunistische Einrichtungen wie Gewerkschaftsbüros, Schulen, Fabriken sowie Kaufhäuser bei Krawallen protaiwanesischer Menschenansammlungen anlässlich des Nationalfeiertages der Guomindang-Regierung zerstört. Doch außer Protesten hat Beijing keine anderen Maßnahmen ergriffen (6).

Im Sommer 1967, als die chinesische Kulturrevolution auf ihrem Höhepunkt war, herrschte auch in Hongkong infolge einer Reihe von Streiks und Demonstrationen der linksgerichteten Gruppen große Unruhe. Zur Unterstützung der Massenbewegung in Hongkong verhafteten die Rotgardisten in Beijing den Geschäftsträger der englischen Botschaft und zündeten schließlich auch das Botschaftsgebäude an. An der Grenze zur Kronkolonie gab es Zwischenfälle, verursacht durch chinesische Bauern auf der einen Seite und Hongkonger Polizei und Grenztruppen auf der anderen Seite. Die chinesische Regierung beschränkte sich abermals auf verbale Proteste gegen die Unterdrückung der revolutionären Massen durch die Hongkonger Behörden (7).

Infolge des Abflauens der Kulturrevolution und aufgrund der großen weltpolitischen Klimaveränderung vom kalten Krieg zur Détente zwischen Ost und West verbesserten sich seit Anfang der 70er Jahre die sino-britischen Beziehungen und damit auch die Position Hongkongs. Am 13. März 1972 vereinbarten Beijing und London, ihre Beziehungen von der Geschäftsträger- auf Bot-

schafterebene anzuheben. Von der Anerkennung der VR China durch Großbritannien bis zum Vollzug der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten hatte es über 22 Jahre gedauert. Aber der Grund dafür war nicht die Hongkong-, sondern die Taiwanfrage, denn London hatte nach der Anerkennung der kommunistischen Regierung auf dem chinesischen Festland das britische Generalkonsulat in Taiwan weiterhin unterhalten. Bei der Ankündigung, daß volle diplomatische Beziehungen zwischen London und Beijing aufgenommen werden sollten, schloß die britische Regierung gleichzeitig das Generalkonsulat in Taiwan und anerkannte den chinesischen Standpunkt, daß Taiwan eine Provinz der VR China sei. London akzeptierte ferner Beijing als die einzige legitime chinesische Regierung. Dazu bekräftigten beide Seiten in dem gemeinsamen Kommuniqué zum Botschafteraustausch die Prinzipien der gegenseitigen Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite sowie der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils (8). Die Hongkongfrage wurde in dem Dokument aber nicht erwähnt, obwohl sich der damalige chinesische Botschafter bei der UNO, Huang Hua, noch drei Tage zuvor, am 10. März 1972, auf der Sitzung des UNO-Sonderausschusses für Entkolonialisierung gegen die Diskussion der Hongkong- und Macaufrage in der UNO ausgesprochen hatte. In einer Note an den Sonderausschuß erklärte er: "Hongkong und Macau sind die von England bzw. Portugal besetzten chinesischen Territorien; eine Lösung der Hongkong-/Macaufrage ist im Bereich der chinesischen Souveränität und darf nicht mit anderen Kolonien gleichgestellt werden. Die chinesische Regierung vertritt stets die Meinung, daß die Hongkong-/Macaufrage mit geeigneten Methoden gelöst wird, wenn die Zeit dafür reif ist. Die UNO hat keinen Anspruch darauf, diese Frage zu diskutieren." (9)

Einige wollten damals sogar glauben, daß Großbritannien in der Taiwanfrage eine Konzession gegenüber der VR China gemacht habe, um damit von dieser ein "geheimes Zugeständnis" in bezug auf die Position Hongkongs zu erhalten (10). Allerdings hat die Normalisierung der britisch-chinesischen Beziehungen zu der Prosperität Hongkongs in den "goldenen 70er Jahren" (jährliches Wirtschaftswachstum mit durchschnittlich zweistelliger Zahl) beigetragen. Besonders seit der

2.Hälfte der 70er Jahre, nach der Abnahme des linken Einflusses und der Zunahme des pragmatischen Kurses in der chinesischen Führung, hat sich der Kontakt zwischen Hongkong und China ständig erweitert. Neben der nach 1949 einzig übriggebliebenen Eisenbahnverbindung mit Guangzhou wurden Flug- und Schifffahrtlinien zwischen Hongkong und mehreren chinesischen Großstädten wiederhergestellt bzw. neu eröffnet. Die von der chinesischen Regierung gesteuerten Firmen verstärkten ihre Investitionen in Hongkong, und umgekehrt unternahmen zahlreiche Firmen aus Hongkong Joint Ventures in China. Auf der Rückreise von seinem offiziellen Besuch in den Philippinen machte der damalige chinesische Außenhandelsminister Li Qiang vom 14. bis 19. Dezember 1978 einen Aufenthalt in Hongkong und Macau. Auf seine Einladung stattete der Gouverneur von Hongkong, Crawford Murray MacLehose, vom 24. März bis 4. April einen offiziellen Besuch in China ab.

1980-1981 verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum Hongkongs mit einem durchschnittlichen Prozentsatz von 10% im Vergleich zu 13% zwischen 1975 und 1979; in diesem Jahr wird noch ein weiterer drastischer Fall der Quecksilbersäule des Wirtschaftsthermometers auf 4-6% erwartet (11). Zwar ist zur Zeit die Rezession ein weltweites Problem, doch die Anpassungsfähigkeit von Hongkongs Wirtschaft ist bekannt. In der Vergangenheit hat sie die Schwierigkeiten - durch das vom Westen gegen China verhängte Embargo verursacht - sowie die zweimalige Ölkrise in der Welt ohne großen Schaden überwunden. Vielmehr, wie bereits erwähnt, ist die Konjunktur der britischen Kolonie mit dem Vertrauen in die politische Zukunft verbunden.

Seit ein oder zwei Jahren sieht man in Hongkong sorgenvoll in die Zukunft, wenn sich auch die chinesische Öffnungspolitik zum Westen, zumal die Beziehungen der VR China zu Großbritannien, kaum verändert haben. Der Kummer beruht allein auf der Tatsache, daß sich der Stichtag - nämlich der 30. Juni 1997 - nähert, an dem der Pachtvertrag der "New Territories" ablaufen wird. Zwar ist dieses Gebiet nicht das Herz Hongkongs, aber es hat einen Anteil von 92% an der Gesamtfläche der Kronkolonie. Außerdem hat die Kolonialregierung angesichts der Bevölkerungsexplosion und Industrieexpansion auf der Insel Hongkong selbst sowie auf der Halbinsel Kowloon in den

letzten Jahren in den "New Territories" Gebiete für neue Siedlungen und Investitionen erschlossen bzw. geplant. Gemäß ihrer Entwicklungsplanung werden Ende der 80er Jahre die "New Territories" über 2,5 Millionen Einwohner zählen, 1997 wird es voraussichtlich sogar die Hälfte der Hongkonger Bevölkerung sein. Viele neue Fabriken, der moderne Containerhafen sowie die chinesischsprachige Universität Hongkongs befinden sich bereits in diesem Teil der Kolonie. Geplant sind dort u.a. ein neuer internationaler Flughafen und mehrere neue Industriezonen (12). Ohne die "New Territories" wird Hongkong also das Rückrat verlieren. Langfristige Investitionen verzögern sich ja schon jetzt, weil die Kolonialregierung - gemäß dem Pachtvertrag von 1898 - in den "New Territories" keine Immobilienverträge mit einer Frist über den 30. Juni 1997 hinaus abschließen kann. Eine Investition - zumal eine kapitalintensive - mit einer Laufzeit von weniger als 15 Jahren, so rechnet man in Hongkong, ist nicht rentabel.

Neben der Investitionsverzögerung der Unternehmer haben auch London und Beijing mit einigen politischen Maßnahmen und Äußerungen angesichts des genannten Stichtages vom 30. Juni 1997 an der Beunruhigung unter der Bevölkerung Hongkongs mitgewirkt. 1981 verabschiedete z.B. das House of Parliament ein neues britisches Nationalitätengesetz, in dem festgelegt wird, daß die einheimischen Einwohner der von Großbritannien abhängigen Gebiete nicht mehr als britische Bürger betrachtet werden und nicht mehr ohne weiteres nach England einreisen können. Da Hongkong einen Anteil von über 90% an der Gesamtbevölkerung aller britischen Kolonien hat und 2,6 Millionen Einwohner Hongkongs zur Zeit einen britischen Paß besitzen, besteht der Verdacht, daß London schon jetzt eine Rückgabe Hongkongs an China vorbereitet und für diesen Fall mit dem neuen Nationalitätengesetz einen möglichen Strom von Hongkonger Chinesen mit englischem Paß nach England verhindern will (13). Das Gesetz wird am 1. Januar 1983 in Kraft treten, danach zählen nur noch rund 19.000 Einwohner von Hongkong zu den "echten" britischen Bürgern, die meisten von ihnen sind sowieso gebürtige Briten.

Auf der chinesischen Seite wollte man eigentlich, wie das gemeinsame Kommuniqué vom 14. März 1972 über den Vollzug der diplomati-

schen Beziehungen zwischen Beijing und London zeigte, die Hongkongfrage lieber bis auf weiteres ausklammern. Die oben zitierte Stellungnahme des Partei- und Regierungsorgans RMRB vom 8. März 1963 war die Antwort auf eine provozierende Erklärung der KP der USA, die in den sino-sovjewischen ideologischen Auseinandersetzungen seinerzeit auf der Seite Moskaus stand. Das oben ebenfalls erwähnte Memorandum Huang Huas vom 10. März 1972 an den UNO-Sonderausschuß für Entkolonialisierung war auch eine Abwehrmaßnahme gegen eine Diskussion der Hongkong-/Macaufrage vor der Weltorganisation. Um Hongkong nicht zu beunruhigen, weigerte sich Beijing sogar, Macau zurückzunehmen, nachdem Lissabon nach der Revolution von 1974 die Bereitschaft zur Aufgabe aller portugiesischen kolonialen Gebiete erklärt hatte. Während seines offiziellen Besuches in Beijing im März 1979 wurde Gouverneur MacLehose von dem chinesischen starken Mann, Deng Xiaoping, gebeten, den Investoren in Hongkong auszurichten, daß sie keine Sorge um die Zukunft haben sollten (15). Am 7. Oktober desselben Jahres hat der damalige chinesische Ministerpräsident, Hua Guofeng, kurz vor seiner Europareise auf einer Pressekonferenz in Beijing gesagt: "Chinas Position zur Xianggang-(Hongkong-)Frage ist klar. Bei seiner Zusammenkunft mit dem Gouverneur von Xianggang hat Vizeministerpräsident Deng Xiaoping unsere Einstellung klar dargestellt. Unsere Beziehungen zu Großbritannien und der britischen Xianggang-Behörde sind gut. In bezug auf Xianggang, Jiulong (Kowloon), Xinjie (New Territories) sind wir bereit, in gegenseitigen Beratungen nach einer besseren Lösung zu suchen. Allerdings denke ich, daß wir die Interessen der Investoren dort berücksichtigen werden." (16)

Da aber der Stichtag vom 30. Juni 1997 immer weiter heranrückt, reicht die verbale Seelenmassage Beijings langsam nicht mehr dafür aus, die Investoren in Hongkong zu beruhigen. Infolge der "Angst vor dem Jahr 1997" (Jiuqi kongjü), wie man es in Hongkong nennt, ist nicht nur eine Zurückhaltung von Investitionen zu merken, sondern auch zunehmende Kapitalflucht und eine Auswanderungswelle lassen sich erkennen. Beijing ist in dieser Situation gezwungen, einen konkreten Plan für die Zukunft Hongkongs auf den Tisch zu legen; denn ein Hongkong ohne seinen bisherigen Wirtschaftsglanz kann China auch keinen Vorteil mehr bringen, und es wird nach seiner Rückgabe an

China gar eine sozialpolitische Belastung für Beijing sein.

Am 15. Juni 1982 hat Deng Xiaoping mit einem Dutzend linker Prominenter aus Hongkong ein Gespräch in Beijing geführt, um ihre Meinung zur Lösung der Hongkongfrage zu hören. Laut einem Bericht der Hongkonger Zeitschrift "Baixing" (Bevölkerung) hat Deng in dem Gespräch gesagt, daß China seine Souveränität über Hongkong wiederherstellen wolle, und zwar voraussichtlich um die Zeit von 1997. Allerdings, so Deng, solle der Wohlstand dort nicht beeinträchtigt werden, und die Bevölkerung Hongkongs dürfe ihre bisherige Lebensweise sowie das kapitalistische System weiter aufrechterhalten (17). Ferner hat der stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und stellvertretende Vorsitzende des Komitees für Verfassungsänderung, Peng Zhen, am 16. Juli 1982 in einer Erklärung an die Landsleute in Taiwan, Hongkong und Macau appelliert, über Artikel 30 des am 27. April 1982 veröffentlichten Entwurfs einer neuen Verfassung der VR China zu diskutieren. Dieser Artikel besagt, daß die Errichtung von Sonderregionen mit eigenem Verwaltungssystem erforderlichenfalls erlaubt sein sollte. Peng Zhen führte weiterhin aus, dieser Artikel sei die gesetzliche Grundlage für die friedliche Vereinigung des Vaterlandes (18). Daher nahm man an, daß Beijing neben dem Bemühen um eine Vereinigung mit Taiwan nun auch eine Rücknahme Hongkongs und Macaus in naher Zukunft vorhabe.

Die Verhandlungen zwischen London und Beijing über die Zukunft Hongkongs wurden anlässlich des Staatsbesuches der britischen Premierministerin Margaret Thatcher in China offiziell begonnen. Am 22. und 23. September 1982 hat Frau Thatcher mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang zwei Gespräche geführt. Kurz vor dem Beginn der zweiten Unterredung hat der chinesische Regierungschef in seiner Antwort auf die Fragen von Journalisten eine Rücknahme der chinesischen Souveränität über Hongkong bekräftigt. Gleichzeitig versicherte er, daß China nach einer Rücknahme der Souveränität eine Reihe von Maßnahmen zur Gewährleistung der Prosperität und Stabilität Hongkongs treffen werde (19). Nach Frau Thatchers drittem politischen Gespräch mit Deng Xiaoping am 24. September in der chinesischen Hauptstadt wurde ein kurzes gemeinsames Kom-

munique veröffentlicht mit dem Wortlaut: "Heute haben die Führer der zwei Staaten in einer freundlichen Atmosphäre über die Zukunft Hongkongs eingehend diskutiert. Die Führer beider Seiten haben ihren eigenen Standpunkt zu dem Problem dargelegt. Beide Seiten stimmten darin überein, nach diesem Besuch Gespräche auf dem diplomatischen Weg mit dem gemeinsamen Ziel einer Aufrechterhaltung der Prosperität und Stabilität Hongkongs zu führen" (20). Bemerkenswert ist, daß die chinesische amtliche Presseagentur Xinhua (XNA) im Unterschied zu Frau Thatcher dieses Gespräch statt einer "gemeinsamen Erklärung" (joint statement) als einfache Nachricht verbreitet und dabei noch einen ergänzenden Satz hinzugefügt: "Der Standpunkt der chinesischen Regierung zur Rücknahme der Souveränität der Gesamtregion von Hongkong ist klar und allgemein bekannt" (21).

Es läßt sich deutlich erkennen, daß die Meinungsverschiedenheiten beider Seiten eher in dem gegenwärtigen juristischen Status Hongkongs als in dessen Rückkehr zu China in der Zukunft lagen. Während London auf der Legitimität der Kronkolonie besteht, aber gleichzeitig ihre Rückführung an China nicht ausschließen will, bestreitet Beijing energisch die Gültigkeit der genannten Verträge von 1842, 1860 und 1898, möchte allerdings zu einer Korrektur nicht drängen. Auf der Pressekonferenz vom 24. September in Beijing, in einem Interview vom 25. September für die BBC sowie auf einer anderen Pressekonferenz am 25. September in Hongkong betonte Frau Thatcher wiederholt die völkerrechtliche Verbindlichkeit der drei Verträge, wonach Großbritannien Hongkong regiert. Wenn ein Staat diese Verträge für ungültig erkläre, so Frau Thatcher, sei es ein ernstes Problem, weil er dann auch andere Verträge nicht einhalten werde. Sie wies aber darauf hin, daß 1997 Probleme wegen dieser Verträge aufkommen könnten. Daher drängte sie auf eine möglichst baldige und für die chinesische und britische Regierung sowie die Bevölkerung Hongkongs akzeptable Lösung (22).

Auf die Äußerungen von Frau Thatcher folgte eine scharfe Reaktion aus Beijing. Gegenüber der XNA erklärte am 30. September ein Sprecher der Informationsabteilung des chinesischen Außenministeriums: "Hongkong ist ein Bestandteil von China. Die früher zwischen der englischen Regie-

runge und der Regierung der chinesischen mandschurischen Dynastie unterzeichneten Verträge über die Region Hongkongs sind ungleiche Verträge, die das chinesische Volk seit eh und je nicht akzeptiert hat. Der konsequente Standpunkt der Regierung der Volksrepublik China ist, daß sie sich zu diesen ungleichen Verträgen nicht bekennt und daß sie die Gesamtregion von Hongkong zurücknehmen wird, wenn die Bedingungen reif sind". Dazu schrieb ein Kommentator der Presseagentur in einem Artikel vom selben Tag mit noch stärkeren Tönen: "Wir müssen darauf hinweisen, daß alle diese Verträge über Hongkong Produkte der "Kanonboot-Politik" des englischen Imperialismus und der schlagende Beweis für die Plünderung chinesischen Territoriums durch den englischen Imperialismus sind... Wenn jemand heute noch auf diesen ungleichen Verträgen besteht, kann dies nur das chinesische und englische Volk sowie andere Völker in der Welt an die Geschichte der Aggression des englischen Imperialismus gegen China erinnern". Auch die "moralische Verantwortung" Londons gegenüber der Bevölkerung Hongkongs wies der Kommentator kategorisch zurück und sagte nachdrücklich: "Wir meinen, (die Frage von) Hongkong ist eine große Sache, die die staatliche Souveränität und das nationale Interesse von einer Milliarde Chinesen einschließlich der chinesischen Einwohner von Hongkong betreffen. Allein die Regierung der Volksrepublik China hat das Recht, über die Verantwortung eines souveränen Staates gegenüber den chinesischen Einwohnern von Hongkong zu sprechen" (23).

Wenn auch London und Beijing um die Rechtskraft der "ungleichen Verträge" noch streiten, und wenn auch die chinesische Regierung für die Rückführung Hongkongs noch keinen Zeitplan bekanntgegeben hat, wollen nur noch wenige Leute daran zweifeln, daß dies 1997 oder sogar noch davor geschehen wird. Man schenkte in diesem Zusammenhang der Rede Deng Xiaopings bei der Eröffnung des XII. Parteitages der KPCh am 1. September 1982 Beachtung, in der eine "Vereinigung des Vaterlands einschließlich Taiwans" als eine der drei Hauptaufgaben Chinas in den 80er Jahren betont wurde, d.h., so die allgemeine Vermutung, die Andeutung einer Rückführung Hongkongs und Macaus. Ferner glaubt man auch, daß, nachdem Taiwan Beijings wiederholte Angebote einer friedlichen Vereinigung mit China abgelehnt hat, Deng jetzt eine

Rückführung Hongkongs und Macaus bevorzuge, um damit Taiwan ein Beispiel zu geben. Außerdem wird es, falls Beijing die britische Kolonialregierung in Hongkong noch nach 1997 duldet, den Gegnern Dengs und seiner pragmatischen Gruppe inner- und außerhalb der Partei noch mehr Stoff für den Vorwurf geben, das nationale Interesse der wirtschaftlichen Überlegung unterzuordnen (24). Schließlich kann man sich auch kaum vorstellen, daß Großbritannien als ein Rechtsstaat nach Ablauf des Pachtvertrages 1997 die "New Territories" ohne Vertragsgrundlage weiter regieren wird.

Bei der Spekulation um die Zukunft Hongkongs bleibt nur noch die "Farbveränderung" der Gesellschaftsform Hongkongs nach einer Rückführung an China: Wie "rot" wird es sein oder wie "weiß" kann es bleiben. Für das Schicksal der britischen Kronkolonie hat man bislang über 20 Modelle entwickelt, wie z.B. Aufrechterhaltung des Status quo mit einer Verlängerung des Pachtvertrages, Treuhandschaft unter der UNO, Unabhängigkeit usw. ... Es gibt auch den Vorschlag, von Alfred Sherman, Ghostwriter von Frau Thatcher, daß Hongkong jetzt irgendwo in der Welt eine Insel als Zufluchtsort für sein Kapital und seine Einwohner kaufen solle (25). Nachdem Beijing aber seit dem letzten Sommer die Entschlossenheit einer Rücknahme Hongkongs und die Errichtung einer Sonderverwaltungsregion lanciert hatte, ist das Spektrum der Spekulationen schmaler geworden. In ihren Ausgaben von Juli, August und Oktober 1982 wußte die Hongkonger linke Zeitschrift "Zhengming" (Wettgesang), die über die interne Politik Beijings gut informiert ist, über eine Richtlinie der KPCh für die Rücknahme Hongkongs zu berichten. Danach habe der Parteichef Hu Yaobang in einer Rede auf der Arbeitskonferenz der Provinzen Guangdong und Fujian im Februar 1982 die Idee von "einem Staat und zwei Systemen" für die Lösung der Taiwan-, Hongkong- und Macaufrage erläutert. Unter diesem Prinzip sollten Hongkong, Macau und Taiwan, so laut Angabe der Verfasser der Berichte, nach einer Rückgabe an China das jetzige Kapitalsystem in einer langen Übergangsperiode aufrechterhalten. Dazu werde Hongkong ein freier Hafen bleiben. Zur ideologischen Untermauerung dieser Politik wurde Lenins Theorie vom Verpachtungssystem im Rahmen des Staatskapitalismus nach der Oktoberrevolution in der Sowjetunion als Beispiel ange-

führt (26). Erst kürzlich hat der stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und Direktor des Büros für Hongkong und Macau im Staatsrat, Liao Chengzhi, gegenüber einer Delegation des Hongkonger Unternehmervereins geäußert, daß Beijing spätestens 1997 die Souveränität Hongkongs zurücknehmen wolle, und dann werde es von der Bevölkerung dort selbst regiert. Dies bedeutet, so laut Interpretation der Hongkonger kommunistischen chinesischen Zeitung "Wenhui Bao", daß weder die Briten Hongkong weiter verwalten werden, noch das ZK der KPCh einen Einfluß auf die Einstellung von Beamten einschließlich des Gouverneurs haben werde (27).

Die Bevölkerung der Kolonie ist aber über ihr Schicksal kaum gefragt worden. Zwar hat Beijing Mitte Juni 1982, wie bereits erwähnt, zwölf ausgewählte linke Persönlichkeiten aus Hongkong zum Gespräch eingeladen, jedoch, abgesehen von der Repräsentationswürdigkeit, ging es dabei hauptsächlich darum, diesen die Entscheidung der chinesischen Führung über die Zukunft Hongkongs mitzuteilen. An den Verhandlungen über die Zukunft der Kolonie während Frau Thatchers Staatsbesuch in Beijing nahm kein einziger einheimischer Vertreter Hongkongs teil. Es ist auch nicht zu erwarten, daß es später anders werden könnte. Selbstbestimmung für die Einwohner ist so sicher wie ausgeschlossen. Obwohl die Engländer nicht die Absicht haben, die Kolonie für immer oder langfristig zu behalten, wurde in Hongkong bislang keine parlamentarische Demokratie oder Selbstverwaltung eingeführt, wie es London andernorts getan hat. Wohl hat die britische Regierung hier berücksichtigt, daß Beijing eine Selbstverwaltung Hongkongs nur unter chinesischer Souveränität dulden kann. Andererseits haben auch die meisten Einwohner Hongkongs nur wirtschaftliche, aber wenige oder gar keine politischen Interessen. Es gibt keine Partei, wenn auch genügend politischer Spielraum vorhanden ist. Als das britisch-chinesische Gipfeltreffen in Beijing gerade die Verhandlungen über Hongkong begann, fanden in der Hongkonger Stadt am 23. September 1982 die ersten Kommunalwahlen für die Volksvertretungsorgane auf Bezirksebene statt. Nur 12% der auf 2 Mio. geschätzten Stimmberechtigten sind zu den Wahlurnen gegangen. Keiner der 229 Kandidaten hat im Wahlkampf die Frage über die Zukunft Hongkongs angeschnitten. In den ebenfalls er-

sten Kommunalwahlen der "New Territories" im April 1982 war es auch nicht anders (28).

Das politische Desinteresse der Hongkonger Einwohner geht auf die komplizierten Beziehungen der Kolonie zu London und Beijing zurück, was man als "Dreiecksverhältnis von Liebe und Haß" bezeichnen kann (29). Rund 98% der über 5 Mio. Einwohner Hongkongs sind Chinesen. Die meisten von ihnen, so darf man annehmen, sind stolz darauf, chinesisch zu sein, aber besitzen gerne einen "echten" englischen Paß. Sie hassen den Status einer Kolonie und möchten auch nicht bestreiten, daß Hongkong ein Teil von China sei oder sein solle, aber sie bevorzugen eine Aufrechterhaltung des Status quo. Noch vor der Verbreitung von Beijings Absicht einer Rücknahme Hongkongs hat das Hongkonger Institut für Marktforschung im Auftrag der Hongkonger "Beobachtungsgesellschaft" (Hongkong Observers), eines Vereins von Rechtsanwälten, Pädagogen, Journalisten, Regierungsdirektoren und Firmenmanagern, zwischen dem 14. Mai und 11. Juni eine repräsentative Meinungsumfrage durchgeführt. 95% der 1.000 Befragten fanden eine Aufrechterhaltung des Status quo der Kolonie für akzeptabel und 5% für nicht akzeptabel; 64% wollten auch eine britische Verwaltung in Hongkong unter chinesischer Souveränität akzeptieren und 17% nicht; jeweils 37,5% waren für bzw. gegen eine Unabhängigkeit Hongkongs, 3% fanden dies unmöglich; 41% hielten eine Umwandlung Hongkongs in eine wirtschaftliche Sonderzone Chinas für annehmbar und 23% für unannehmbar; nur 26% standen positiv zu einer vollständigen Rückkehr Hongkongs zu China und 67% negativ. Ferner wollten 95% der Befragten für den Fall einer Aufrechterhaltung des Status quo in Hongkong bleiben und nur 1% die Kolonie verlassen; bei einer Veränderung des Status quo sah das Verhältnis von denen, die bleiben und jenen, die fortgehen würden, so aus: britische Treuhandschaft 72%:5%, chinesische wirtschaftliche Sonderzone 50%:4%, Unabhängigkeit 64%:7%, Rückkehr zu China 58%:22%. Aber wenn die Möglichkeit gegeben wäre, möchten jeweils rund die Hälfte aller Befragten in jedem Fall ins Ausland gehen (30). In der Tat gibt es seit einiger Zeit schon eine große Auswanderungswelle. Viele Leute des Mittelstandes, wie z.B. Ärzte, Ingenieure, Angestellte mit hohem Einkommen, d.h. die Elite der Gesellschaft, haben sich wie die Reichen schon auf den Abruf

der Kolonie vorbereitet. Sie wohnen zwar noch in Hongkong, haben aber Immobilien in Nord- und Südamerika oder anderswo gekauft. Hochkonjunktur in Hongkong hat zur Zeit der Paß-Handel. Da Auswanderungen nach Südostasien, Nordamerika und Westeuropa, die man in Hongkong bevorzugt, immer schwieriger geworden sind, wenden sich immer mehr Leute an südamerikanische Länder. Kürzlich warb auch Taiwan in Hongkong um finanzkräftige potentielle Flüchtlinge mit Immobilien- und Investitionsangeboten. Ein Kommentator bezeichnete Hongkong als eine multinationale Region oder "UN". Die stärkste Minderheit der Kolonie bilden die "Dominikaner", d.h. die Hongkonger Chinesen mit dominikanischen Pässen (31).

Ein anderes Barometer, das den Druck des Abrufs der Kolonie 1997 widerspiegelt, ist die Hongkonger Börse. In den Monaten Juli und August wurde der Börsenindex bereits wegen der Versicherung Beijings, die Souveränität Hongkongs zurückzunehmen, um 300 Punkte nach unten gedrückt. Während des Besuches von Frau Thatcher in Beijing und Hongkong rutschte er nochmal um 300 Punkte herab, d.h., innerhalb von rund drei Monaten ist der Wert der auf dem Markt gehandelten Aktien Hongkongs schon um 40% geschrumpft (32).

#### Anmerkungen:

- 1) Fu Qixue, "Zhonguo Waijiao-shi" (Die diplomatische Geschichte Chinas), Taipei 1960, S.595.
- 2) FEER, Sept.17, 1982, S.30.
- 3) Ma Hong, "Liyong Xianggang wei Sihua fuwu" (Hongkong für die vier Modernisierungen benutzen), Qishi-niandai (The Seventies), Hongkong, 1982/No.9, S.46 ff., hierzu S.49; Asiaweek, Hongkong, Sept.24, 1982, S.23.
- 4) Nach Ma Hong, ebd., S.48.
- 5) RMRB, 8.3.1963.
- 6) S. dazu Ye Dewei, Tan Lizhi und Lin Yongkang (Ed.), "Zhonggang guanxi s anshinian" (Dreißig Jahre Beziehungen zwischen China und Hongkong), Guangjiaojing, Hongkong, Sept.1981, S.31 ff.
- 7) Ebenda.
- 8) Zum Text des Kommuniqués s. XNA, 13.März 1972.
- 9) Anm.6, hierzu S.78.
- 10) Ebenda, hierzu S.57.
- 11) ABECOR Country Report: Hongkong, London, 8.9.1981.
- 12) Zheng Yushuo, "Xinjie Zuyue, Xinjie fazhan Yu Xianggang

qiantu" (Der Pachtvertrag, die Entwicklung der "New Territories" und die Zukunft Hongkongs), Qishi-niandai, 1981/No.8, S.72 ff.; Joseph Y.S. Cheng, "The Future of Hong Kong: A Hong Kong "Belonger's View", International Affairs, London, Summer 1982, S.476 ff.

- 13) Joseph Y.S. Cheng, ebenda, S.480.
- 14) DGB, 10.11.82.
- 15) DGB, 7.4.82.
- 16) BRu 1979/Nr.41, S.11; RMRB, 9.10.79.
- 17) Zitiert nach Asiaweek, Hongkong, 16.7.82, S.10.
- 18) DGB, 18.10.82.

#### Anmerkungen zu Oskar Weggel, China und die Dritte Welt ...

- 1) So z.B. Melvin Gurtov und Byong-Mou Hwang, "China under Threat: the Politics of Strategy and Diplomacy", Baltimore, MD, The John Hopkins University Press, 1980.
- 2) Hierzu ausführlich Oskar Weggel, "Der Kampf um die sieben Meerengen", C.a., September 1977, S.550-562.
- 3) Näheres C.a., Juni 1981, Ü 6.
- 4) BRu 1982, Nr.37, S.33.
- 5) XNA, 12.8.81; vgl. auch Oskar Weggel, "China und die ASEAN-Staaten" (Zhao Ziyang besucht drei südostasiatische Länder und betreibt Vertrauenswerbung), C.a., August 1981, S.513-516.
- 6) Ebenda, S.514.
- 7) RMRB, 2.9.82.
- 8) RMRB, 3.9.82.
- 9) RMRB, 4.9.82.
- 10) RMRB, 5.9.82.
- 11) RMRB, 7.9.82.
- 12) RMRB, 9.9.82.
- 13) Wolfgang Bartke, "Chinas medizinische Hilfe im Ausland", C.a., Mai 1982, S.283-285.
- 14) Im einzelnen dazu Wolfgang Bartke, C.a., Juni 1982, S.356-358.
- 15) Im einzelnen Wolfgang Bartke, C.a., Juli 1982, S.414-416.
- 16) Im einzelnen dazu Wolfgang Bartke, C.a., August 1982, S.501-505.
- 17) XNA, 31.8.82.
- 18) XNA, 13.10.82.
- 19) XNA, 11.10.82.
- 20) XNA, 12.10.82.
- 21) BRu 1982, Nr.13, S.6.
- 22) BRu 1982, Nr.37, S.34.
- 23) Näheres dazu Oskar Weggel, "Nord-Nord-, Süd-Süd- und Ost-Süd-Beziehungen im Zeichen der Entwicklungshilfe-, Blockfreien- und Abrüstungsproblematik", C.a., August 1981, S.507-512 (508 f.).
- 24) Vgl. dazu die beiden Themen über EG und Ostasien, C.a., September 1982.
- 25) Einzelheiten zur Moskauer Deklaration vom November 1960 in Peking Review, 13.12.60, S.7-12.
- 26) Z.B. BRu 1982, Nr.31, S.18, und Nr.36, S.17 f.
- 27) BRu 1982, Nr.36, S.19.
- 28) Ebenda, S.20; Hongqi 1982, Nr.14.
- 29) BRu 1981, Nr.44, S.14.
- 30) Ebenda, S.12.
- 31) Ebenda, S.16.
- 32) Weitere Einzelheiten in C.a., August 1981, S.507 ff.
- 33) Näheres dazu ebenda, S.510.
- 34) BRu 1982, Nr.26, S.10-14 (12 f.).
- 35) Dazu Süd-Süd-Konferenz, a.a.O., S.78 f.